

Der Landrat gab nochmals einen umfassenden Überblick über den derzeitigen Verfahrensstand. So habe man inzwischen in einer Reihe von Fragen, die den Fraktionen wichtig erschienen, positive Ergebnisse erzielen können. Dies beziehe sich insbesondere auf die Ombudsstelle, die Betreuungsschlüssel und die Verbesserung der Erreichbarkeit. Zudem wies er auf eine heutige Pressemitteilung hin, wonach sich die Arbeitsagentur inzwischen mit der Stadt Bonn im Hinblick auf die Größe der Trägerversammlung für das Jobcenter Bonn auf 12 Mitgliedern geeinigt habe. Er schlage deshalb vor, dies im morgigen Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung noch einmal intensiv zu beraten und danach erneut mit der Arbeitsagentur zu verhandeln.

Abg. Tüttenberg bemerkte, für ihn wäre nach wie vor die Optionskommune die bessere Lösung gewesen, die aber insbesondere durch die Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen verhindert worden sei. Er begrüßte aber die positiven Ergebnisse der Verhandlungen mit der Arbeitsagentur. Im Interesse der Betroffenen schlage er vor, heute zu einer Entscheidung zu gelangen und die Vereinbarung – unabhängig von den weiterhin bestehenden Diskrepanzen hinsichtlich der Größe der Trägerversammlung - heute zu verabschieden.

Abg. Heuel, Abg. Deussen-Dopstadt und Abg. Dr. Lamberty widersprachen diesem Vorschlag des Abg. Tüttenberg. So hätten die bisherigen Verhandlungsergebnisse im Hinblick auf Ombudsstelle, Betreuungsschlüssel und Verbesserung der Erreichbarkeit gezeigt, dass die Verhandlungen durchaus zu Erfolgen führen würden. Hier könne das letzte Wort seitens der Arbeitsagentur noch nicht gesprochen sein, zumal der Rhein-Sieg-Kreis weit größer als die Stadt Bonn sei. Im Übrigen wurde hierzu auf eine Mail der sozialpolitischen Sprecherin der CDU-Kreistagsfraktion im Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung, Abg. Notburga Kunert, an die sozialpolitischen Sprecher der anderen Fraktionen verwiesen.

Abg. Groeneveld appellierte an die SPD-Kreistagsfraktion, hier den bisherigen einvernehmlichen Weg nicht zu verlassen.

Abg. Hartmann nahm Bezug auf die bisherigen Bestrebungen einer gemeinsamen Vorgehensweise mit der Stadt Bonn und wollte wissen, was die Stadt Bonn denn nun mache.

Ltd. KVD Allrogen teilte mit, dass außer dem genannten Presseartikel derzeit keine Informationen vorlägen. Er hoffe insoweit, im morgigen Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung Näheres mitteilen zu können.

Es bestand insoweit Einvernehmen, die Thematik erneut im Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung zu beraten und danach noch einmal mit der Arbeitsagentur zu verhandeln.